



Newsletter

Februar 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit drei ausführlichen Berichten zur „Zukunft der Europäischen Union“, dem Abschluss des viel diskutierten Freihandelsabkommens CETA der EU mit Kanada, der Abstimmung über den Emissionshandel und Reden von gleich zwei Staatsoberhäuptern – dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dem kanadischen Premier Justin Trudeau – hatte es diese Straßburger Plenarwoche in sich.

Zunächst zur „Zukunft der EU“: klare Mehrheiten gab es für weniger Bürokratie und mehr Konzentration auf wichtige europäische Themen wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes, eine echte gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik und eine Verringerung der Anzahl der Kommissare. Auch die Entscheidung für nur einen Sitz des Parlaments – im Moment pendeln wir ja zwischen Brüssel und Straßburg – fand erneut eine deutliche Mehrheit. Natürlich ist die Diskussion damit nicht abgeschlossen. Aber da eine Änderung des EU-Vertrages ansteht, sobald der Austritt Großbritanniens verhandelt wird, ist eine frühzeitige Positionsbestimmung in wichtigen Punkten mehr als sinnvoll.

Mehr zur Sitzungswoche und aus meiner aktuellen Arbeit finden Sie wie immer in meinem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Van der Bellen und Trudeau: Hoher Besuch in Straßburg	Seite 3
Europaparlament stimmt für CETA: Europa will stabile und regulierte Globalisierung	Seite 3
Klimazölle beim Emissionshandel verhindert	Seite 4
PKW-Maut: Rückerstattung über Steuer bleibt europarechtswidrig	Seite 5
EU-Luftfahrtstrategie: In der Luft ist für alle Platz	Seite 5

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Roam-like-at-home in Europa ab Juni 2017	Seite 6
Treffen aus aller Welt: Friedrich-Naumann-Stiftung in Brüssel	Seite 6
Searica: Veranstaltungen zur Kartierung, Blue Growth und internationale Meerespolitik	Seite 7
EU arbeitet an Maßnahmen zum Schutz der Arktis	Seite 7
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 8

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Urteil zur Elbvertiefung	Seite 9
Schon zum 2. Mal: Reden auf der Euromaritime in Paris	Seite 9
Liebe zum LKW seit mehr als 80 Jahren: Firma Kögel in Burtenbach	Seite 9

IV. Europa unter der Lupe

Beziehungen der zwischen der EU und der Schweiz	Seite 11
---	----------

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Van der Bellen und Trudeau: Hoher Besuch in Straßburg

Am 14. Februar besuchte der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen das Europäische Parlament in Straßburg. Eine knappe Stunde sprach sich Van der Bellen klar für Europa und für die EU aus. Als geborener Wiener mit russischen Wurzeln sieht er sich als Kind Europas. Es sei heute nichts besonderes ein Kind Europas zu sein, sondern eher der Normalfall, dass man mehrere Kulturen in der Familie vereint. Diese Entwicklung einer europäischen Identität sollte man nicht über Bord werfen, indem man sich Populisten wie Trump hingibt. Europa dürfe sich auch nicht einer "Verzweigung" oder der "Kleinstaaterei" hingeben. Europa muss Brücken statt Mauern bauen, denn Nationalismen lösen keine Probleme. Die Geschichte Europas habe schon gezeigt, dass der Weg von Trump eher die Probleme verstärkt und sogar neue schafft. Die europäische Idee sei etwas großes, das aller Mühen wert sei, sie durchzusetzen und zu verteidigen. Sein Plädoyer für Europa beendete er mit der Rezitation eines Gedichtes von Sarah Williams "Though my soul may set in darkness, it will rise in perfect light; I have loved the stars too fondly to be fearful of the night" - die Sterne, die van der Bellen so liebe seien die Sterne der europäischen Flagge. Diese Sterne nähmen ihm die Angst vor den dunklen Bedrohungen für Europa. Und noch ein Zitat des Österreicher: „Es ist leicht, Europa zu zerstören, aber sehr mühsam, es wieder aufzubauen. Es geht auch ganz schnell, einen Baum zu fällen, aber es dauert lange, bis er wieder gewachsen ist.“

Auch der kanadische Premierminister Justin Trudeau war in seiner Rede Europa sehr wohlgesonnen. Trudeau, ein echter Polit-Star mit ungewöhnlicher Vergangenheit als Boxtrainer, war extra angereist, um den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada zu würdigen. In seiner englisch-französischen Rede betonte er, dass man die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen gemeinsam gestalten muss, anstatt Entwicklungen nur ausgesetzt zu sein, ohne sie selbst zu beeinflussen. An vielen kleinen Beispielen erläuterte er die Vorteile durch CETA für die Menschen beidseits des Atlantiks. Und er unterstrich die gemeinsamen Werte, die uns verbinden. Am Ende sagte er: „The best is yet to come“ - ein angenehmer Optimismus in Zeiten der Angstmacher und Schwarzmalers.

Europaparlament stimmt für CETA: Europa will stabile und regulierte Globalisierung

Diese Woche hat das Europäische Parlament dem ersten Freihandelsabkommen, das die EU mit einer anderen großen OECD-Wirtschaftsmacht geschlossen hat, mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Es ist ein eindeutiges Zeichen, dass die EU nach wie vor auf die Vorteile einer stabilen und regulierten Globalisierung setzt und den wachsenden Protektionismus der Populisten ablehnt.

Das Abkommen wird mehr Wachstum und Wohlstand für beide Partner schaffen. Europäische Unternehmen werden die günstigste Behandlung erhalten, die Kanada jemals einem Handelspartner gestattet hat. Sie werden auf dem kanadischen Markt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen investieren und ihre Produkte und Dienstleistungen verkaufen können. Außerdem erlaubt es Europäern, durch die Mitgestaltung globaler Normen hohe Standards weltweit zu sichern.

Jedoch war der Weg zur Unterzeichnung des Abkommens kein leichter. Im Oktober hatte bereits der Widerstand der südbelgischen Region Walloniens gegen CETA das Abkommen fast zum Scheitern gebracht. Auch am Tag der Abstimmung demonstrierten hunderte Menschen vor dem Europaparlament, einige auch per Boot auf dem Ill, an dem die Gebäude des Straßburger Parlaments liegen. Letztlich bestätigte aber die Abstimmung (408 Stimmen dafür, 254 dagegen, 33 Enthaltungen), dass eine klare Mehrheit in Europa dieses Abkommen befürwortet. Aktuell arbeitet die EU an 18 weiteren Freihandelsabkommen (u.a. mit Japan, Mexiko und Indien).

Welche Vorteile bringt das Abkommen konkret? CETA wird Tarife für die meisten gehandelten Waren und Dienstleistungen abschaffen und gegenseitige Anerkennung der Zertifizierung vieler Produkten ermöglichen. 99% der Zölle verschwinden, wodurch Europäische Unternehmen eine halbe Milliarde Euro pro Jahr sparen könnten. Europäische Anbieter von Dienstleistungen, Seeverkehr, Telekommunikation,

Umweltdienstleistungen oder sogar Buchhaltung erhalten den Zugang zum kanadischen Markt, was auch für europäische KMUs vorteilhaft ist. Insgesamt soll das Handelsvolumen zwischen beiden Partnern um 23 % steigen. Kanada wird seine öffentlichen Beschaffungsmärkte öffnen, die in Europa bereits Kanada geöffnet sind. Im Gegensatz zu den oft zitierten Ängsten werden die hohen Standards in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, und Arbeit in Europa nicht beeinträchtigt. Außerdem werden Tarife in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen, audiovisuelle und Verkehrsdienste sowie bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Milchprodukten, Geflügel und Eier beibehalten. Sogar die 145 europäischen geografischen Angaben werden geschützt. Dasselbe gilt für die Bestimmungen des Regelungsrechts der Regierungen, die in keiner Weise eingeschränkt werden. Was die umstrittenen Maßnahmen für die Arbeitsweise der Schiedsgerichte angeht, soll die staatliche Kontrolle der Regierung über die Wahl der Schiedsrichter und die Transparenz weiterhin gewährleistet sein.

In Zeiten, wo unsere internationale Ordnung von Populisten und Globalisierungskritiker in Frage gestellt wird, finde ich es außerdem wichtig zu betonen, dass solche Abkommen auch engere menschliche Beziehungen ermöglichen und dabei Völkerverständigung fördern. Ergänzend an CETA wurde auch einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Kanada zugestimmt, die eine Zusammenarbeit in Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung von Terrorismus, nachhaltige Entwicklung, Forschung und Kultur ermöglichen soll. Zukünftig werden Europäer und Kanadier nicht nur als Handelspartner enger zusammenarbeiten, sondern auch durch gemeinsame Werte und den Glauben an eine offene, demokratische, liberale Gesellschaft weitere Brücken bauen.

CETA könnte frühestens ab April 2017 in Kraft treten. Aber bis alle Vereinbarungen gelten, können noch ein paar Jahre vorbeigehen, da das Abkommen noch von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss.

Klimazölle beim Emissionshandel verhindert

Am Mittwoch hat das Plenum seine Position zum Emissionshandel, genauer gesagt zu „Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO₂-effiziente Technologien“ verabschiedet. Eine Forderung nach Zöllen auf Importe bestimmter Produkte wurde mehrheitlich abgelehnt. Dass begrüße ich, denn Handelsbarrieren aus Klimaschutzgründen aufzubauen ist absurd - damit macht man es sich zu einfach. Klima-Zölle wären wahrscheinlich nicht WTO-konform. Solche Zölle sind nicht realistisch, es werden schließlich nicht nur Rohstoffe importiert, sondern auch weiterverarbeitete Produkte, bei denen die Kalkulation des Zolls sehr komplex würde. Es ist gut, dass dies vom Tisch ist. Es wäre außerdem merkwürdig, am gleichen Tag, an dem wir das Freihandelsabkommen CETA verabschiedet haben, andererseits Handelsbarrieren durch Klimazölle aufzubauen.

Der Umweltausschuss hatte einen sogenannten „Carbon Border Adjustment Mechanism“ vorgeschlagen, um Importe von Produkten zu verteuern, bei deren Produktion viel CO₂ entsteht, und so das Risiko von Carbon Leakage zu verringern. Als Carbon Leakage wird die Gefahr bezeichnet, dass die Produktion in der EU durch CO₂-Abgaben teurer wird und ein Unternehmen die Produktion in nicht-EU-Staaten verlegt und die Waren dann importiert, um die Kosten zu senken. Dies würde zu Lasten der Europäischen Wirtschaft gehen und letztendlich zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Ich warne seit Jahren davor, dass einseitige EU-Klimaschutzmaßnahmen diese Gefahr mit sich bringen. Handel ist global, weshalb es am wirkungsvollsten ist, auch Klimaschutz global zu betreiben.

Gleiches zeigt sich bei der Schifffahrt. Für den Fall, dass bis 2021 kein vergleichbares Instrument vorliege, seien für Emissionen durch Schifffahrten von und in Häfen der EU Zertifikate vorzuweisen. Diese Forderung ist enttäuschend. Den Verhandlungen auf internationaler Ebene vorzugreifen und mit der Einbeziehung ins EU-ETS zu drohen provoziert nur unnötig. Vielmehr sollte die IMO gestärkt werden, so dass sich diese wie vorgesehen bis zum Jahr 2023 auf ein gutes marktbasierendes Instrument einigen kann. Wir sollten eigentlich aus dem Bereich des Luftverkehrs unsere Lehren gezogen haben: Beides sind globale Verkehre, es muss also ein Instrument auf internationaler Ebene gefunden werden. Die Kommission hatte von einer Einbeziehung von Verkehrsträgern in den Emissionshandel abgesehen.

Erfreulich ist, dass es weiterhin möglich bleiben soll, bei der Stahlproduktion anfallende Rest-Gase, sogenannte Kuppelgase, zur Energieherstellung für die Stahlhütten zu nutzen, ohne dass hierfür Zertifikate vorgewiesen werden müssen. Wenn Rest-Gase weiter genutzt werden können anstatt nur verbrannt zu werden ist das ein guter Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und sollte nicht damit „bestraft“ werden, dass noch mehr Zertifikate erworben werden müssen. Dadurch würde die Stahlproduktion nur unnötig verteuert und die Position gegenüber Billig-Importen geschwächt.

Der verabschiedete Text wird in den nächsten Monaten mit Rat und Kommission im Trilog verhandelt.

PKW-Maut: Rückerstattung über nationale Steuer bleibt europarechtswidrig

Das Thema Maut beschäftigt uns wieder verstärkt seit Ende des letzten Jahres. Damals hatte sich die Europäische Kommission entschlossen, das laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland auf Eis zu legen und den neuen Maut-Plänen der Bundesregierung zuzustimmen. Laut dieser Pläne sollen alle Autofahrer auf deutschen Bundesautobahnen und -straßen künftig Infrastrukturabgaben über eine elektronische Vignette bezahlen. Im Gegenzug sollen deutsche Fahrer besonders umweltfreundlicher Autos über die KfZ-Steuer entlastet werden – teilweise soweit, dass sie sogar an der Maut „verdienen“. Hier wird auf Grundlage von Nationalität diskriminiert, denn die Rückerstattung gilt nur für deutsche Staatsangehörige. Damit wird gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Zudem schafft der Beschluss ein Bürokratiemonster, und Zweifel an der Profitabilität kommen sogar aus den Reihen der Union, an der Spitze von Finanzminister Schäuble höchstpersönlich. Während der Plenardebatte in Straßburg stand die EU-Kommission vor allem wegen Inhalt und Zustandekommens des „Hinterzimmer-Deals“ in der Kritik, aber auch dafür, dass der Prüfauftrag beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) auf Eis gelegt wurde.

Verkehrskommissarin Violeta Bulc erklärte, dass es sich um ein sehr emotional aufgeladenes Thema sowohl in Deutschland als auch in dessen Nachbarstaaten handele. Sie werde final bewerten, wenn der Gesetzgebungsprozess im Bundestag abgeschlossen ist (das kann dauern, mindestens bis zum Sommer!) und auch den EuGH dann prüfen lassen. Sie betonte, Grundlage einer Maut sei für sie das Verschmutzer- und Benutzerprinzip („user / polluter pays“). Es ist aber jetzt schon abzusehen, dass dieses Prinzip nicht wirklich die Grundlage des deutschen Vorschlags ist. Die Mautregelung ist keine gute Blaupause für ein europaweites System, denn sie ist nicht kilometerbasiert und viel zu bürokratisch. In Grenzgebieten wie der EUREGIO zwischen Niedersachsen und den Niederlanden, wo reger europäischer Pendelverkehr zur Arbeitsstätte und für Einkäufe herrscht, protestieren die Menschen grenzüberschreitend gemeinsam gegen die Maut. Das zeigt: dieser Gesetzesvorschlag ist auch mit dem europäischen Gedanken nicht vereinbar!

EU-Luftfahrtstrategie: In der Luft ist für alle Platz

Unter Federführung der Liberalen hat das Europaparlament den guten Kommissionsvorschlag zur zukünftigen Luftfahrtstrategie der EU in einigen wichtigen Punkten ergänzt: Es wird gefordert, dass neben Passagier- und Frachtflugzeugen auch Drohnen und Privatflugzeuge in die Luftfahrt integriert werden müssen. Außerdem brauchen wir in der EU adäquate Rahmenbedingungen, um Innovation im Luftverkehr zu fördern, zum Beispiel mit Bezug auf neue Treibstoffe – in Zukunft auch aus Algen? - für Flugzeuge. Wichtig: Wir brauchen dringend den einheitlichen europäischen Luftraum! Die Blockade im Rat zu dieser Regelung muss endlich überwunden werden – nicht einfach, da Spanien nicht will, dass Gibraltar als europäischer Flughafen gilt, und daher die Verhandlung boykottiert. Es ist aber nicht vertretbar, dass die Flugzeuge derzeit im Zickzackkurs über Europa fliegen müssen, das kostet Zeit und Geld, verschwendet Ressourcen und schadet der Umwelt. Die Luftfahrtstrategie steht im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften im Bereich der Flugsicherheit, die derzeit mit Rat und Kommission verhandelt werden, sowie anderen Gesetzen zur europäischen Luftfahrt, bei denen bald Vorschläge der Kommission zu erwarten sind. Auch mit fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Flughäfen und Fluggesellschaften aus Europa und aus Drittstaaten (wie den Golfstaaten, die ganz andere Fördermöglichkeiten haben) werden wir uns noch in diesem Jahr befassen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Roam-like-at-home in Europa ab Juni 2017

Es ist ein wichtiger Durchbruch: vorletzte Woche verständigten sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf 'Roam like at home'. Das bedeutet, dass Verbraucher ab dem 15. Juni 2017 im EU-Ausland für Telefonate, SMS und Surfen im Netz nicht mehr als zu Hause bezahlen werden müssen. Sogenannte Roaming-Gebühren werden dabei entfallen – endlich!

Denn diese Einigung forderten die Freien Demokraten im Europaparlament schon seit 2011. Sie wird Sicherheit für Anbieter und Verbraucher gleichermaßen schaffen. Durch die Kostenregulierung können Anbieter klar kalkulieren, Investitionen in Infrastruktur werden nicht gefährdet und kleinere Anbieter bleiben geschützt. Während die Europäische Union bereits seit 2007 allmählich die zugelassenen Gebühren senkte, mussten Verbraucher für die Durchleitung von Gesprächen oder einer SMS durch Auslandsnetze und für das Surfen im Internet vergleichbar hohe Preise bezahlen. Böse Überraschungen auf der Rechnung für Datenübertragung, zum Beispiel beim Urlaub in anderen EU-Staaten, sollte es mit dieser neuen Einigung nicht mehr geben. Die EU hält ihre Versprechen und schafft konkrete Verbesserungen für alle Bürger, Geschäftsleute und Touristen in der Union. Außerdem ist das ein wichtiger Schritt zur Komplettierung des digitalen Binnenmarkts.

Somit gehen langatmige und zähe Verhandlungen zu Ende. Schon im Jahre 2012 begann die damalige liberale Kommissarin für Telekommunikation, die Niederländerin Neelie Kroes, den Mobilfunkanbietern Druck zu machen. In 2016 legte die EU-Kommission endlich ihren Plan zur Neuregelung der Auslands-Handykosten vor. Obwohl dieser Vorschlag als Wegfall mit Einschränkungen der Roaming-Gebühren angekündigt wurde, stieß er auf Empörung der liberalen Mitglieder des Europäischen Parlaments, weil er als nicht weitgehend genug eingestuft wurde. Laut diesem Vorschlag hätten Anbieter kostenfreies Roaming nur mindestens 90 Tage pro Jahr im EU-Ausland gewähren müssen und seine ununterbrochene Nutzung wäre auf 30 Tage beschränkt worden. ALDE Fraktionschef Guy Verhofstadt und die liberalen Mitglieder forderten die Kommission auf, den Vorschlag zu überarbeiten.

Vor zwei Woche einigten sich nun der Rat und das Parlament auf Begrenzungen der Großhandelspreise für Datenübertragungen. Diese gelten für Kosten, die sich Anbieter von Datendiensten gegenseitig für die Nutzung der jeweiligen Netze berechnen. Die Begrenzungen liegen deutlich unter denen, die anfangs von der Kommission vorgeschlagen wurden – ein Erfolg!

Nach formeller Bestätigung des Berichts durch das Europäische Parlament und den Rat im Frühjahr sollte die Vereinbarung rechtzeitig zu den Sommerferien in Kraft treten

Treffen aus aller Welt: Friedrich-Naumann-Stiftung in Brüssel

Die auf alle Kontinente verteilten Vorstandsmitglieder der Friedrich-Naumann-Stiftung-für-die-Freiheit treffen sich regelmäßig zum Austausch über die aktuelle politische Lage und passende neue Bildungskonzepte und Kampagnen. Bei der kürzlichen Zusammenkunft in Brüssel mit dem Stiftungsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt nahm ich gemeinsam mit einigen deutschsprachigen Fraktionskollegen aus anderen Ländern an einem Abendessen teil - ich saß am Tisch der Repräsentanten aus Südostasien und Afrika. Wir sind im Europaparlament schon „weltweit“ aufgestellt, aber der direkte Einblick in die Arbeit in ganz anderen Regionen der Erde und die dortigen gesellschaftlichen Entwicklungen liefert doch viele zusätzliche wertvolle Erkenntnisse.

Am Morgen danach trafen wir uns schon um 7.30 Uhr zu einem spanisch-sprachigen Frühstück mit Birgit Lamm, der Direktorin für Lateinamerika mit Hauptsitz in Mexico. Sie lieferte uns einen hervorragenden Überblick über die politische Lage in den einzelnen lateinamerikanischen Staaten, Probleme mit Korruption, Drogenhandel und Korruption, aber auch positive Entwicklungen wie das gerade neu

verhandelte Freihandelsabkommen mit Mexiko. Da sich in unserer Fraktion insbesondere viele weibliche Kolleginnen für Lateinamerika engagieren, diskutierten wir - abgesehen von zwei männlichen Assistenten - in einer reinen Frauenrunde aus Spanien, Rumänien und Deutschland.

Searica: Veranstaltungen zur Kartierung, Blue Growth und internationale Meerespolitik

Meine „Meeresgruppe“, die Searica-Intergroup hat in den vergangenen Wochen gleich drei Konferenzen organisiert. Bei der Konferenz „Blue Science for Blue Growth“ ging es am 8. Februar um eine bessere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die von Searica zusammen mit dem European Marine Research Network (Euromarine) organisierte Veranstaltung war mit 220 Teilnehmern ein voller Erfolg. Einen Tag zuvor am 7. Februar diskutierten Wissenschaftler von EU-geförderten Projekten über die Bedeutung einer besseren Kartierung von Europas Küsten. Zwar hat sich hier in den letzten Jahren einiges verbessert, aber noch immer stammt ein Großteil der Informationen und Karten aus dem 19. Jahrhundert und ist dementsprechend nicht mit den heutigen Anforderungen kompatibel. Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden sich hier:

<http://searica.eu/fr/evenements/conference/towards-a-eu-strategy-for-coastal-mapping>

Das Highlight des bisherigen Jahres war ein High-Level Meeting mit dem Kommissar für Maritime Angelegenheiten, Fischerei und Umwelt, dem Malteser Karmenu Vella, am 30. Januar. Bei der Veranstaltung diskutierten elf Europaabgeordnete mit dem Kommissar und ausgewählten Experten über die Bedeutung einer besseren internationalen Meerespolitik. Unter der Federführung von Karmenu Vella veröffentlichte die Europäische Kommission im November eine Strategie zur „Ocean Governance“, zu der nun im Europäischen Parlament ein Bericht erstellt werden soll. Dabei geht es auch darum, dass sich 60% der Ozeanoberfläche in internationalen Gewässern befinden. Angesichts von globalen Herausforderungen wie Meeresmüll und Überfischung ist es besonders wichtig, eine bessere Kooperation auf internationaler Ebene voranzubringen. Dabei sollen insbesondere die Erfahrungen der europäischen Ansätze einer Integrierten Meerespolitik sowie einer Maritimen Raumordnung (beide Themen habe ich federführend für das Parlament bearbeitet) eine zentrale Rolle spielen. Kommissar Vella war von der Searica-Veranstaltung derart angetan, dass er spontan anderweitige Termine absagte, um die abschließende Diskussion um mehr als eine halbe Stunde auszudehnen, und zudem anregte, eine weitere Veranstaltung zu diesem Thema zu organisieren.

Ein ausführlicher Bericht zu der Veranstaltung findet sich hier:

https://ec.europa.eu/maritimeaffairs/content/high-level-meeting-international-ocean-governance-agenda-future-our-oceans_en

EU arbeitet an Maßnahmen zum Schutz der Arktis

Europa ist um einen nachhaltigen Schutz der Arktis bemüht. Zu diesem Zweck tagten Ende Januar die Ausschüsse für Umwelt und auswärtige Angelegenheiten, um sich auf drei wesentliche Punkte für eine integrierte EU-Politik zur Arktis zu einigen. Diese sind: Schutz und Erhaltung der Arktis in Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen, den nachhaltigen Gebrauch von Ressourcen fördern und eine internationale Zusammenarbeit für die Arktis schaffen. Es wurde bekräftigt, dass eine gesunde Arktis von großer ökologischer und ökonomischer Bedeutung für ganz Europa ist. Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für EU-Maßnahmen und finanzielle Förderung, soll dies erreicht werden. Mit dem Bericht bezieht das Parlament auch Stellung zu der steigenden Anzahl russischer Truppen in dem Gebiet. Es sei wichtig, dass man auf der einen Seite mit Russland kooperiert und eine gemeinsame Lösung findet. Nur so kann man einen dauerhaften Schutz der Arktis garantieren. Auf der anderen Seite sei es kritisch zu betrachten, dass alte Militärbasen wieder eröffnet werden, um eine militärische Präsenz zu zeigen.

Die EU verpflichtet sich mit dem Bericht, bis 2030 die Schutzmaßnahmen für die Arktis umzusetzen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- Im Trilog: Berufsausbildung für Binnenschiffer, Tierarzneimittel und Antibiotikaresistenz; EASA, Quecksilberrichtlinie (Abstimmung im März)
- Demnächst im Trilog: Emissionshandel, Kreislaufwirtschaft
- Im Ausschuss: Sicherheit von Passagierschiffen, Luftverkehrspaket

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Urteil zur Elbvertiefung

Das Bundesverwaltungsgericht hat einen Planfeststellungsbeschluss zur Elbvertiefung in seiner jetzigen Form für rechtswidrig und nicht nachvollziehbar eingestuft. Gleichzeitig erklärten die Leipziger Richter jedoch, dass die Mängel nachträglich behoben werden könnten und die umstrittene Elbvertiefung damit grundsätzlich zulässig sei. Es ist gut, dass dem Unterfangen kein Riegel vorgeschoben wird, aber eine noch genauere Planung notwendig ist, denn die Elbvertiefung ist ein ständiger Stein des Anstoßes zwischen Hamburg und Niedersachsen und ein komplexes Thema: Einerseits führt eine Vertiefung nicht unbedingt dazu, dass alle Megaschiffe den Hafen befahren können - dafür sind einige mittlerweile einfach zu groß. Zudem müssen die negativen Auswirkungen zum Beispiel für Fischer und Obstplantagen berücksichtigt werden. Mit dem JadeWeserPort gibt es bereits einen Seehafen, der näher am Meer liegt und größere Schiffe aufnehmen könnte - ebenso wie die holländischen Nordseehäfen. Hamburg dagegen ist unter anderem deshalb ein sehr beliebter Hafen, da er weit im Land liegt und es daher leichter ist, Waren weiterzuliefern. Deshalb bin ich überzeugt, dass jeder Hafen gerade bei steigendem Frachtaufkommen auf See seine wirtschaftliche Spezialisierung finden und zukunftsfähig sein wird.

Schon zum 2. Mal: Reden auf der Euromaritime in Paris

Alle zwei Jahre lädt der maritime Sektor zu einer großen Messe in Paris ein, der Euromaritime. Natürlich sind dort vor allem viele Franzosen als Teilnehmer vertreten. Die Aussteller kommen aber aus ganz Europa. Sogar Luxemburg ist regelmäßig mit einem großen Stand vertreten: das kleine Land hat zwar keine Küste, aber einen umfangreichen maritimen Wirtschaftssektor. Themen der Messe sind alle neuen Entwicklungen in der Schifffahrt und dem Zuliefersektor.

Ich war dieses Mal gleich für zwei Podien als Rednerin eingeladen. Bei der ersten Expertenrunde ging es um regenerative Energien aus dem Meer: Offshore-Wind-Anlagen, Wellen- und Tide-Energie, aber auch EU-geförderte Projekte, die beispielsweise Wellenenergie mit Aquakultur verbinden. In meiner Meeresgruppe „Searica“ beschäftigen wir uns regelmäßig mit diesen Themen, die alle zum „Blauen Wachstum“ gehören.

Das zweite Podium befasste sich mit Flüchtlingsströmen im Mittelmeer und Lösungen, um weitere Tragödien zu verhindern. Die Initiative „SOS Mediterranee“ von einem deutschen Kapitän mit internationalem Team und vielen Unterstützern ist ein vorbildliches Beispiel für gesellschaftliches Engagement. Die Organisation hat mit ihrem Schiff Aquarius schon viele Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet. Ein Vertreter Frankreichs wies auf Aktivitäten seiner Regierung zur Verbesserung der Situation hin. Aus meiner Sicht gibt es aber grundlegende Hilfe nur durch gemeinsame europäische Aktivitäten: mit einem Unterstützungskonzept für Nordafrika und einer besser ausgestatteten europäischen Küstenwache (Beschlüsse dazu haben wir im letzten Jahr im Eilverfahren verfasst) und insbesondere einem umfassenden Asyl- und Einwanderungskonzept für die gesamte EU. In meinen Beiträgen habe ich geschildert, dass wir dieses Konzept schon vor vier Jahren als Parlament mit der Kommission in Brüssel entwickelt hatten, dies leider aber damals nicht beschlossen wurde, da viele Mitgliedstaaten ihre Mitwirkung verweigerten. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn die Regierungsvertreter im Rat sich damals anders verhalten hätten.

Liebe zum LKW seit mehr als 80 Jahren: Firma Kögel in Burtenbach

Die Firma Kögel ist prägend für den kleinen Ort Burtenbach in Baden-Württemberg: in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann Firmengründer Kögel hier mit dem Bau von LKW, und bis heute bietet der Betrieb viele Arbeitsplätze für die Menschen aus dem Umfeld. Neben dem Stammsitz gibt es mittlerweile auch ausgelagerte Betriebe an anderen Standorten. So werden die Rahmen für die LKW

heute in Tschechien gefertigt. Von Anfang an wurde Wert gelegt auf innovative Lösungen für den Güterverkehr, auch intermodal, also zum Umladen vom LKW auf die Bahn und umkehrt.

Ergebnis der Suche nach einem Konzept für mehr Ladevolumen, mehr Effizienz und eine bessere Ökobilanz ist der heute in Burtenbach produzierte verlängerte Sattelaufleger- Dieser LKW ist nur 1,30 m länger als die üblichen Fahrzeuge, die auf unseren Straßen unterwegs sind, fasst dafür aber 10 % mehr Volumen. Bei den „normalen“ LKW dürfen schon seit langem Ladungen sogar um 1,50 m hinten überstehen, ohne dass dies automatisch mehr Volumen bedeutet. Aus meiner Sicht stellt der verlängerte Sattelaufleger – neben dem Lang-LKW, der aber nicht auf allen Strecken eingesetzt werden kann - eine optimale Ergänzung für den flexiblen effizienten Warenverkehr auf der Straße dar. Wünschenswert wäre natürlich die Freigabe für den internationalen Einsatz im gesamten europäischen Binnenmarkt – daran arbeite ich!

Spannend fand ich, mal die einzelnen Produktionsschritte in den Werkshallen zu verfolgen, mit riesigen Tauchbecken und Trockenkammern allein für Korrosionsschutz und Farbgebung der Rahmen. Der Besuch hat sich gelohnt!

IV. Europa unter der Lupe

Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz

Obwohl die Schweiz ein Staat in der Mitte Europas ist, ist sie kein EU-Mitglied und hat auch keine Ambitionen eins zu werden. Dennoch bestehen zwischen der Schweiz und der EU zahlreiche bilaterale Verträge, die die Schweiz und die Europäische Union auf vielen Ebenen miteinander vernetzen: Die Schweiz befindet sich im Schengen-Raum, ist Mitglied im Europarat sowie in der Europäischen Freihandelsassoziation. Darüber hinaus gibt es zwei Pakete bilateraler Abkommen und ein Freihandelsabkommen.

Das Schweizer Volk hatte sich in zwei Volksentscheiden im Jahr 1997 und 2001 gegen den Start von Beitrittsverhandlungen als ersten Schritt zum EU-Beitritt mit jeweils einer drei-Viertel-Mehrheit ausgesprochen. Hingegen wurden die bilateralen Abkommen und das Freihandelsabkommen als positiv von der Bevölkerung betrachtet. Es scheint also klar zu sein, dass die Schweiz enge Beziehungen im wirtschaftlichen, aber nicht im politischen Bereich befürwortet.

Der erste Volksentscheid, der die wirtschaftlichen Beziehungen zementierte, fand in 1972 statt. Ziel war es, die Aufspaltung in zwei verschiedene Wirtschaftsgemeinschaften zu verhindern, indem tarifäre Handelshemmnisse für industrielle Erzeugnisse, die innerhalb der Freihandelszone erzeugt worden sind, abgebaut wurden. Mittlerweile kommen 62% der Schweizer Exporte in die EU und 80% der Importe aus der EU, weshalb dieses Abkommen für die Schweiz sehr wichtig gewesen ist.

Nachdem eine tiefere Integration der Schweiz durch eine Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1992 von der Bevölkerung abgelehnt wurde, musste die Zusammenarbeit in einem Paket bilateraler Abkommen weiter ausgearbeitet werden. Das Paket umfasste insgesamt sieben Abkommen und geht auf Themen wie Personenfreizügigkeit, Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Verkehr ein. Folgen dieser Abkommen sind, dass z.B. Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten oder der Schweiz ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz in dem jeweils anderen Staatsgebiet frei wählen durften.

2004 trat die Schweiz dem Schengener Abkommen und dem Dublin-Abkommen bei. Letzteres Abkommen regelt das Europäische Asylrecht, das seit Beginn der Flüchtlingskrise 2014 zur Bearbeitung ansteht. Trotz dieser Integration behält die Schweiz bestimmte Besonderheiten, so wie zum Beispiel die Wahrung des Schweizer Bankgeheimnisses. Die Zusammenarbeit zur Aufklärung von Betrugsfällen soll jedoch durch das Abkommen verstärkt werden.

Allgemein stehen die Schweiz und die Europäischen Union also in enger Zusammenarbeit, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Ob die Schweiz der Europäischen Union eines Tages beitreten wird, erscheint aber eher unwahrscheinlich – obwohl sie wohl die Aufnahmekriterien alle erfüllen würde. Es gibt in der Schweiz Befürworter eines solchen Beitritts, aber die Mehrheit schätzt besonders die Unabhängigkeit, Souveränität und die sogenannte Einzigartigkeit der Schweiz.

V. Terminvorschau

17.2.	Saarbrücken	Kunst trifft Politik
18.2.	Hannover	FDP-Landesvorstand
20.2.	Hannover	Forschungsgespräch Medizinische Hochschule
21.2.	Brunsbüttel	Lotsenfahrt Nord-Ostsee-Kanal
23.2.	Hamburg	Lotsenfahrt Hafen Hamburg
27.2.-2.3.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Plenum
27.2.	Brüssel	Offshore-Rede bei der ECSA
28.2.	Brüssel	Podium European Shipping Week
3.3.	Geesthacht	Küstenbeobachtungssystem COSYNA
4.3.	Hannover	LFA Europa
6.-9.3.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
7.3.	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu "Motorways of the Sea"
8.3.	Brüssel	Maritime-Innovationen-Roundtable
11.3.	Hannover	LFA Internationale Politik
13.-16.3.	Straßburg	Fraktion, Plenum, Besuchergruppe

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637.

17. Februar 2017